

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bulander,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Als hätte ich es geahnt, prognostizierte ich eingangs meiner Haushaltsrede im Januar vergangenen Jahres wirtschaftlich düstere Zeiten. Wie düster das darauf folgende Jahr nicht nur fiskalisch am Ende wirklich werden würde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhersehbar.

Auch nach einem knappen Jahr mit dem Coronavirus ist noch nicht endgültig absehbar, wie groß die Rechnung sein wird, die die Pandemie den kommunalen Finanzen für 2021 schließlich präsentiert.

Die Liste dessen, was eine Kommune zu leisten hat ist lang, teuer und mit wenigen Spielräumen ausgestattet. Ob es die Sportstätten sind, die Schulen oder die nachhaltige Sicherstellung des näher rückenden Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Hier wurde von Verwaltung und Rat verantwortungsvoll, kostenbewusst und nachhaltig geplant. Hinter diese Planungen können wir nicht zurück. Die Grundsteuer wird bereits in Stufen erhöht. Hunde- und Vergnügungssteuer haben wir ebenfalls bereits im vergangenen Jahr deutlich nach oben angepasst. Folglich gilt es nun nach den Stellschrauben innerhalb der aktuellen Planungen zu suchen, die eventuell die ein oder andere Einsparung möglich machen. Ich unterstütze daher ausdrücklich den Vorschlag der SPD zu prüfen, ob der Hoeckle-Investor nicht in den Ausbau der Kindertagesbetreuung mit eingebunden werden kann.

Darüber hinaus möchte ich dringend anregen, ernsthaft über das Thema Parkraumbewirtschaftung nachzudenken. Der tagsüber dauerbelegte Parkplatz an der Gottlieb-Rühle-Schule neben der Breitestraße, die ebenfalls stark frequentierte Parkfläche an der Sulzgasse und der „wilde“ Parkplatz ausgangs der Hafnergasse sind drei anschauliche Beispiele für brachliegende Einnahmemöglichkeiten. Gleichzeitig wäre es ganz im Sinne des Klimaschutzes und der Förderung von Radverkehr und

ÖPNV, wenn der mobile Individualverkehr für die Nutzung öffentlicher Flächen zur Kasse gebeten würde. Diese Gelder könnten zunächst in den allgemeinen Haushalt fließen um in wirtschaftlich besseren Zeiten mit einer Zweckbindung zu Gunsten des Radwegenetzes versehen zu werden.

Große Forderungen im Sinne kommunaler Wohltaten im Rahmen sogenannter „Kann-Leistungen“ zu stellen, halte ich angesichts der aktuellen Lage für unverantwortlich.

Ich appelliere aber mit Nachdruck dafür, im Rahmen der Eintrittspreise für die Mössinger Bäder Augenmaß walten zu lassen und trotz erheblicher Mehrkosten, auch in einem möglichen zweiten Coronasommer, einen Freibadbetrieb wie im vergangenen Jahr zu ermöglichen. Das Mössinger Freibad ist nicht nur ein überregional bekanntes Aushängeschild. Es ist dank moderater Preise auch eine soziale Errungenschaft, auf die wir zur Recht stolz sein können und die nicht zur Disposition stehen darf.

Abseits vom Haushaltsthema und nicht zuletzt, weil dies einige der wenigen Gelegenheiten darstellt, meine kommunalpolitische Haltung im Amtsblatt abgedruckt zu sehen, sei mir eine Bemerkung zum Generalstreikskubus im Rathausfoyer gestattet:

Der Begriff des Generalstreiks und damit das grundlegende Ansinnen der am Aufstand Beteiligten wird durch die verwendeten Anführungszeichen mindestens relativiert, wenn nicht gar herabgesetzt. Auch wenn möglicherweise nicht alle der Streikenden eine lupenreine Demokratie als Alternative zum NS-Faschismus als Ziel sahen; der Aufruf zum Widerstand gegen die Nazis war in seiner Form historisch einzigartig und für die Beteiligten fraglos lebensgefährlich. Dies gehört auch über 70 Jahre nach Kriegsende uneingeschränkt gewürdigt.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für ihre Arbeit in einem unerwartet turbulenten Jahr 2020 und den Ratskolleginnen für jeden Moment konstruktiver Zusammenarbeit. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.